

Bezugspreis: in
Hagalb, durch d. Agenten,
durch d. Post einl. 1.8.
gebühren monatl. 1.8.
Einzelnnummer 40 A.

Wichtiges: Die in
einzelnen Heften aus
gewöhnlicher Schrift oder
deren Raum von einmali-
ger Einrückung 80 Pro-
zent mehrmaligen Rabatt
nach Tarif. Bei gerichtl.
Verbreitung u. Anzeigen
ist der Rabatt höher.

Der Gefellschaffter

Wirts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

Bestellungs-Formular im
Abonnement. — An-
zeigen sind daher von
bestem Erfolg.

Die Zeitungs-Verträge sind
ausdrücklich zu be-
stimmten Tagen zu
bestellen, bei denen
einmalige in 10 Tagen
bestellen oder zu den
bestimmten Tagen zu
bestellen. Die Zeitungs-
Verträge sind daher
ausdrücklich zu be-
stimmten Tagen zu
bestellen.

Telegraphen-Nummern:
Nagold 5118
Stuttgart 5118

Nr. 1

Montag den 2. Januar 1922

46. Jahrgang

Wie die Landwirtschaft helfen will.

Das Hilfswort der deutschen Landwirtschaft in vaterländischer Not, dessen Grundzüge durch das Schreiben des Vorsitzenden des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft an den Reichsverband der deutschen Industrie jetzt ausgegossen worden sind, ist ein Akt von umfassender und weittragender Bedeutung. Auch die Landwirtschaft kann nicht ohne Unterstützung von Seiten der Industrie bestehen, aber sie ist wesentlich auf das Entgegenkommen von industrieller Seite gestellt, nämlich in Form großzügiger Vermehrung der landwirtschaftlichen Produktionsmittel, wie Dünger, Rohstoffe, Maschinen, Textilwaren, Ackergeräte. Entspricht die Industrie dem an sie gerichteten Ersuchen um so gezielte methodische Unterstützung der Landwirtschaft bei ihrem weitgespannten neuen Produktionsplan — woran nicht zu zweifeln ist —, dann verbleibt der Regierung die Aufgabe, von sich aus durch zureichende Anordnungen im Rahmen der Verwaltung, nötigenfalls auch der Gesetzgebung, dem vielversprechenden Beginn der Landwirtschaft jede erdenkliche Förderung angedeihen zu lassen. Denn dieses Beginnen zielt darauf ab, drückende Schwierigkeiten im nationalen Wirtschaftsleben für die Dauer zu beheben, und das führt, um das Sinnvollste zu nennen, zu einem belohnenden sozialpolitischen Ergebnis. Bekanntlich rechnet die Regierung damit, daß die wirtschaftliche Situation in Deutschland bald durch einen Zustand schnell steigender Arbeitslosigkeit abgelöst werden wird. Und sie will im Zusammenhang damit zu Beginn des neuen Jahres ein Notgesetz in Kraft treten lassen, in dem bestimmt wird, daß Angestellte und Arbeiter sowie die Arbeitgeber sechs Monate hindurch Beiträge zur Kapitalansammlung für eine spätere Arbeitslosenversicherung einrichten müssen. Es heißt, daß dieser, vom Reichsfinanzministerium aufgestellte Plan die Land- und Forstwirtschaft ausschließt. Das würde schon die Erkenntnis offenbaren, wie sich in der Land- und Forstwirtschaft ungenügend von sinkender Konjunktur in Industrie und Gewerbe, und hinreichende Hilfsmaßnahmen für Handarbeiter darböten müßten. Nun tritt die organisierte Landwirtschaft mit dem Plan ihres Hilfswortes hervor, der nicht nur auf Unterstützung der Regierung, sondern auch auf Realisierung von zwei Millionen Hektar Moor- und Oedland gerichtet ist. Damit wird ein Mittel zur Milderung der im großen Maßstab bedrückten Arbeitslosigkeit in den Südkreisen u. Industriezentren an die Hand gegeben, wie es naturgemäßer und in jedem Betracht segensreicher für die Volksgemeinschaft nicht gedacht werden kann. Hier bietet die Landwirtschaft Boden für eine großartig vorbildliche produktive Erwerbslosenfürsorge, und sie veranschaulicht zugleich das schwierige Problem der finanziellen Befähigung der Arbeitslosenversicherung, das bei der Unsicherheit der Konjunktur und Geldverhältnisse nicht leicht zu meistern ist. So kann besonders dem von der Landwirtschaft angebotenen Hilfswort, das unter dem Gesichtspunkt der Reichsfinanzen den Ruf von 2 Milliarden den Devisen ersparen will, die untern Handelsbilanz leichter schwer belasten, im Interesse der gesamten nationalen Wohlfahrt nur ein guter Fortgang gewünscht werden.

Kleine politische Nachrichten.

Handelskrieg und U-Bootsverwendung.

Paris, 31. Dez. Aus Washington wird gemeldet, der Rat der Nationen hat die Resolutionen der 5 Großmächte erlassen, welches nach Antrag des Engländers Balfour darauf ausgeht, im Falle eines Krieges den U-Bootskrieg gegen die Handelsschiffe zu verbieten. Das 5 Mächte-Verkommen für die Abrüstung soll also auf den Handelskrieg durch U-Boote ausgedehnt werden.

Unterstützung des Antrages auf Verminderung der Besatzungstruppen.

Wien, 31. Dez. Der „Corriere della Sera“ meldet, daß der englische Antrag auf Reduzierung der allierten Besatzungstruppen im Rheinland von Italien, Amerika und Japan unterstützt werde. Frankreich ist grundsätzlich gegen eine Besatzungsverminderung, solange nicht die Reparationsfrage in einem für Frankreich befriedigenden Sinne gelöst werde.

Die Budget-Beratung im französischen Senat.

Paris, 31. Dez. Im Senat wird heute das Budget fertig beraten werden und an die Kammer zurückgehen. Diese dürfte in einer letzten Sitzung noch vor Mitternacht das abändernde Budget bis zur Schlußabstimmung bringen. Beide Kammern vertragen sich dann bis zum 10. Januar.

Die ägyptischen Unruhen.

Jaghial Bahja nach Ceylon verbannt.

Paris, 31. Dez. Jaghial Bahja, der bekannte Führer der ägyptischen Nationalisten und Unabhängigkeitspartei ist nunmehr von Surz nach Ceylon verbannt worden. Die Gefangenensicht in Surz ist offenbar sehr kurzweilig gewesen. Die Regierung nahm an der Weihnachtsfeier der englischen Kavallerie-Offiziere teil. Die Verhandlung und Verbanntung Jaghial Bahjas ist auf seine Weigerung zurückzuführen, dem Befehl des englischen Gouverneurs von Ägypten, sich aus

Kairo auf's Land in seinen Wohnsitz zurückzuziehen, Folge zu leisten. Die letzte Ursache ist darin zu suchen, daß Jaghial Bahja und seine Exzentrismen in Ägypten Unruhe zu stiften suchten, als Protest gegen das kürzliche Angebot der englischen Regierung, das Protektorat durch einen Vertrag zu erlösen. Jaghial und seine Parteigänger verlangen volle Unabhängigkeit.

Französische Spionage in der Reichswehr.

Berlin, 31. Dez. Kuffenerregernde Enthüllungen über das Vorhandensein einer tschecho-slowakischen Spionage in der Reichswehr erregte eine Verabredung, welche dieser Tage die Strafkammer eines hiesigen Landgerichts beschlagnahmte. Es ergab sich, daß ein angeblicher polnischer Oberleutnant Dromowka, in Wirklichkeit ein österreichischer Landsturmmann tschechischer Abkunft war und mit Hilfe falscher Papiere den Eintritt in die deutsche Reichswehr erzielte, um hier Spionagedienste zu leisten, und zwar, wie man annimmt, für die tschechische Regierung im Auftrag der französischen Regierung, um angebliche Uebertretungen des Versailler Vertrags festzustellen.

Hilfe für bedürftige Veteranen.

Das Reichsarbeitsministerium gibt bekannt, daß Altrentner (Besitzer einer Minderrente aus der Zeit vor dem Weltkrieg) auf Grund des Altrentnergesetzes schon jetzt einen Vorschlag auf die höchsten Gehaltsstufe erhalten können, die ihnen nach diesem Gesetz vom 1. Januar 1922 an zustehen. Der Vorschlagsverband der Landesregierungsverbände empfiehlt den Altrentnern, die sich in Not befinden, persönlich das für sie zuständige Versorgungsamt aufzusuchen und dort die Zahlung eines Vorschusses auf die Nachzahlung zu beantragen, welche ihnen für die Zeit vom 1. Januar 1921 an zukommt, oder einen entsprechenden schriftlichen Antrag einzureichen. Wenn der Rentendruck und die Bedürftigkeit nachgewiesen werden, kann sofort eine Vorschusszahlung erfolgen, die je nach der Höhe der Renten verschieden sein wird, aber immer eine sehr wesentliche Hilfe zur Beschaffung von Wintermaterial darstellen wird. Schriftliche Anträge sind auch auf dem Umweg durch die Aufsicht „betreffs Altrentnergesetz“ besonders kennlich zu machen.

Kein Kompromiß in der Steuerfrage.

Berlin, 31. Dez. Der Vorworts erklärt die Meldung über ein Steuerkompromiß der Realisationspartei für unzutreffend. Die sozialdemokratische Partei habe in der Steuerfrage auf dem Standpunkt, daß die Verminderung von Verbrauchssteuern nicht eher zu realisieren sei, bis der Besitz in angemessener Weise herangezogen sei.

100 Milliarden Papiergeld.

Der deutsche Notenumlauf ist nunmehr auf rund 100 Milliarden Mark angewachsen. Auch der Umlauf in Vorlesenslooscheinchen ist auf 7862 Millionen Mark gestiegen.

Die bayr. Handelskammer gegen die neuen Posttarife.

München, 31. Dez. Die im bayerischen Handelskammertag vereinigten bayerischen Handelskammern haben zu der neuerlichen Erhöhung der Post- und Fernsprechgeldern eine Eingabe an das Reichspostministerium gerichtet, in der nachdrücklich darauf hingewiesen wird, daß der mit der Gehöhrerhöhung einhergehende Weg allein nicht zur Befundung der Reichsfinanzen führen könne.

Keine deutschen Postlieferungen nach Rußland.

Berlin, 31. Dez. Wie die Telegramm erklärt, ist die Meldung nicht zutreffend, daß Deutschland an Sowjet-Rußland Posten geliefert habe. Es seien vielmehr nur die Waffen abgeliefert worden, die den übergetretenen russischen Truppen im polnisch-russischen Krieg auf deutschem Gebiet abgenommen worden seien.

Verhaftung des Geschäftsführers des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Bezirk Koblenz.

Koblenz, 31. Dez. Die amerikan. Besatzungsbehörde hat den Geschäftsführer des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Bezirk Koblenz, Ritt, der selbst nicht mehr Eisenbahner ist, gefesselt unter der Beschuldigung, daß er sich Verhältnisse gegen die für Streiktagen erlassenen Anordnungen der Rheinlandskommission habe zuwiderhandeln lassen.

Die Gründung der Rhein-Main-Donau-Aktiengesellschaft.

München, 31. Dez. Die Gründung der Rhein-Main-Donau Aktiengesellschaft ist nunmehr erfolgt, deren Aufgabe es sein wird, die Groß-Schiffahrtstrassen ausgiebig auszubauen und zu verwalten.

Die Lage im Eisenbahnerstreik.

Berlin, 31. Dez. Nach einer Mitteilung der Eisenbahndirektion Berlin ist die Betriebslage heute morgen folgende: Trotz größter Ausdehnung des Ausstandes konnte der Fern-Personenverkehr regelmäßig abgewickelt werden. Nur der vom Siedler und Götter Bahnhof ausgehende Botenverkehr nicht vollständig, ebenso der Vorortverkehr zwischen Charlottenburg und Spandau. Der Güterverkehr, der schon durch den Rückgang vom Westen her ins Stocken geriet, ist, ruht in der Hauptsache. Milch- und Getreidezüge

werden gefährdet. Es ist zu erwarten, daß der Verkehr wie bisher aufrecht zu erhalten.

Breslau, 31. Dez. Die Konferenz der Ortsgruppenleiter des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat die Streikparole für Breslau Stadt für heute nachmittags 12 Uhr und für die Provinz Schlesien für morgen vormittags 6 Uhr ausgegeben.

Die Haltung des Reichskabinetts.

Berlin, 31. Dez. Das Reichskabinet hat sich heute vormittags mit den Forderungen befaßt, die gestern von den Vertretern der Eisenbahner bei den Besprechungen im Reichsverkehrsministerium aufgestellt worden sind. Das Kabinet beharrt bei seinem Standpunkt, daß eine Wirtschaftsbefehle nicht begünstigt werden kann. Es hat jedoch den Reichsverkehrsminister ermächtigt, wegen Verrückung des Posttarifs die Verhandlungen mit den Eisenbahner-Gemeinschaften fortzusetzen. Diese Verhandlungen finden sofort statt. Außerdem hat das Reichskabinet den Standpunkt des Reichsfinanzministeriums gebilligt, wonach am nächsten Donnerstag die Verhandlungen mit den Beamten-Organisationen über eine Steuerreform für die Beamten beginnen sollen.

Anruf des Deutschen Eisenbahnerverbandes in Essen.

Essen, 31. Dez. Der Deutsche Eisenbahnerverband, Bezirks- und Streikleitung Essen, veröffentlicht in der sozialdemokratischen Presse einen Aufruf, in dem es heißt: Das Reichskabinet hat mit dem Beschlusse, die unter Streikandrohung gestellten Forderungen nicht zu bewilligen, dem Deutschen Eisenbahnerverband den härtesten Kampf angelegt. Der Verband sei fest entschlossen, den Kampf für seine Forderungen mit aller Schärfe aufzunehmen. Der gestern um 6 Uhr begonnene Ausstand sei kein müder, sondern ein von der Zentralleitung des Deutschen Eisenbahnerverbandes ausgesprochener Streik.

Aus aller Welt.

Schweres Brandunglück.

Halle, 31. Dez. Das Schornsteinfeger-Schwert in Hafselsdorf ist mit großen Holzvorräten vollständig niedergebrannt. Der Schaden beträgt mehr als 1 1/2 Millionen Mark. Ein durch Brandstiftung entstandenes Feuer löschte die große Scheune bei Jützhog ein, wodurch 5000 Zentner angetrocknetes Stroh vernichtet wurden. Der Schaden beträgt über 2 Millionen Mark.

Aus Stadt und Bezirk.

Nagold, 2. Januar 1922.

- Wand-Notizkalender. Mit der heutigen Nummer erhalten unsere Leser einen Wand-Notizkalender für das laufende Jahr. Wir hoffen, daß derselbe jedermann gute Dienste leisten und möglichst viele schöne Tage anbringen möge. Dergleichen wäre zu wünschen, daß der gleichfalls abgedruckte neue Posttarif nun keine weitere Steigerung mehr erfahren möge.
- Zum neuen Posttarif. Die mit dem 1. Januar in Kraft tretenden neuen Inlandsgebühren für Briefsendungen, Fernsendungen, Postanweisungen und Pakete gelten auch nach dem Saargebiet (jedoch Päckchen nicht zugelassen), sowie nach dem Gebiet der Freien Stadt Danzig und dem Memelgebiet. Die Inlandsgebühren für Briefsendungen gelten ferner nach Lauenburg, Ostpreußen und Westpreußen, jedoch sind Päckchen nur nach Westpreußen zugelassen. — Nach Ungarn gelten die Inlandsgebühren für Briefsendungen nicht mehr; jedoch bleiben für Ungarn niedrigere als die Weltpostvereinsgebühren für Briefe bis 20 Gramm und für Postkarten best. Die Fernsendungen für Briefe bis 20 Gramm und für Postkarten werden im Verkehr nach der Tschechoslowakei eingeführt. Die Weltpostvereinsgebühren betragen vom 1. Jan. 1922 ab:
für Postkarten 2,40 M., jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei 1,80 M.,
für Briefe bis 20 Gramm 4 M.,
jede weiteren 20 Gramm 2 M. (Reisgewicht 2 Kilogr.), jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei bis 20 Gr. 3 M. jede weiteren 20 Gramm 2 M.,
für Druckachen für je 50 Gramm 80 J.,
für Blindenschriftsendungen für je 500 Gramm 40 J. (Reisgewicht 3 Kilogr.), jedoch nach Tschechoslowakei für je 500 Gramm 10 J.,
für Geschäftsbriefe für je 50 Gr. 80 J., mindestens 4 M.,
für Warenproben für je 50 Gr. 80 J., mindestens 2 M.,
Die Einschreibgebühr und Rückscheingebühr ist auf 2 M., die Abbestellgebühr für Briefsendungen auf 8 M. festgelegt. Die Gewichtgebühr für Fernsendungen beträgt 1,80 M. für je 50 Gramm mindestens 8 M. Die Bearbeitungsgebühr für Wertpakete wird in Höhe von 2 M. erhoben. Die Versicherungsgebühren erfahren keine Veränderung.
- Die neuen Postanweisungskarten. Vom 1. Jan. 1922 ab, dem Tage, an dem die neuen Vorschriften des Auslandsverkehrs auf Grund der Weltpostvereinsverträge von Madrid in Kraft treten, werden Postanweisungskarten im zweijährigen Gültigkeitsdauer auszugeben. Sie werden von den Postanstalten des Inlands und der meisten fremden Länder als vollständige Anweisung anerkannt. Die vor dem 1. Jan. auf-



